

E-Mail-Newsletter

3. Juni 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

nach einer fünfwöchigen Pause erhalten Sie heute unseren E-Mail-Newsletter mit den folgenden Themen:

1. "Bleiberecht"

Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei mit aktuellen Zahlen
Caritas und Diakonie legen Erfahrungsbericht vor

2. Erste Abschiebungen von Roma ins Kosovo

Nachdem das BMI mit der kosovarischen Seite kürzlich ausgehandelt hat, dass jetzt auch Roma in das Kosovo abgeschoben werden können, werden die ersten Abschiebungen anscheinend schnell vollzogen: Aus Hessen wurde in der vergangenen Woche der erste Rom abgeschoben. Verschiedene Romagruppen protestieren mit einer Erklärung gegen die drohende Abschiebung.

3. Pro Asyl startet E-Mail-Aktion zur Europawahl

Über die E-Mail-Aktion kann jede und jeder die deutschen SpitzenkandidatInnen auf die Missachtung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen aufmerksam machen.

4. Cap-Anamur-Prozess: E-Mail-Aktion für Elias Bierdel und Stefan Schmidt

In Kürze werden die Urteile im Cap-Anamur-Prozess gefällt. Elias Bierdel und Stefan Schmidt drohen jahrelange Haft und hohe Geldstrafen, weil sie 37 Bootsflüchtlinge aus akuter Seenot gerettet haben. Pro Asyl und die BAG Asyl in der Kirche haben eine gemeinsame Solidaritätsaktion gestartet.

5. Faxkampagne: Gegen die Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen

Am 8. Juni soll eine Massenabschiebung mit Air Berlin ab Schönefeld nach Hanoi stattfinden. Der Flüchtlingsrat Berlin und der Landesmigrationsrat rufen zum Protest auf.

6. Flughafenverfahren: 8.100 Anträge in zehn Jahren

Interessante Zahlen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion "Die Linke".

7. § 42 SGB VIII muss auch für 16-jährige gelten

Pressemitteilung der Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) angesichts der nahenden IMK in Bremerhaven: 16-jährige UMF dürfen nicht wie Erwachsene behandelt werden!

8. UNHCR zu Vorschlägen der EU

UNHCR kommentiert die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Revision der EG-Richtlinie über die Aufnahmebedingungen sowie zur Änderung der Dublin-II-Verordnung.

9. Pro Asyl-Newsletter Nr. 147

Mai 2009

10. Newsletter "Länder und Recht" der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

vom 25.05.09

11. Neue Einträge auf Roma-Kosovo-Info

12. Termine

u. a. mit den Programmen für das nächste Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Juli und die Herbsttagung in Bad Herrenalb, die vom 18.-20. September in Zusammenarbeit mit den Ev. Akademien Bad Boll und Bad Herrenalb sowie Pro Asyl unter dem Titel "Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa - Analysen und Strategien" stattfinden wird.

Mit herzlichem Gruß

Ihr Reiner Klass

1. "Bleiberecht"

Antwort der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat am 25. Mai eine [kleine Anfrage](#) der Partei "Die Linke" zu den Bleiberechtsregelungen [beantwortet](#). Demnach wurden bis 31.03.09 rund 29.000 Aufenthaltstitel erteilt - allerdings für über 80 % der AntragstellerInnen lediglich auf Probe, was bedeutet, dass ein großer Teil von ihnen zum Ende des Jahres aufgrund der fehlenden Lebensunterhaltssicherung die Aufenthaltserlaubnis zu verlieren droht. Leider äußert sich die Bundesregierung in ihrer Antwort zu dieser Frage nicht. Besorgniserregend erscheint außerdem auch die Tatsache, dass am 31.03. bundesweit nur 497 zunächst auf Probe erteilte Aufenthaltserlaubnisse in eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG umgewandelt worden sind - darunter keine einzige aus BaWü, dessen Innenminister noch im April eine Bundesratsinitiative zur Verlängerung der Altfallregelung für nicht erforderlich gehalten hatte (vgl. [Landtagsdrucksache 14/4290](#)).

Caritas und Diakonie legen Erfahrungsbericht zur Altfallregelung vor

In dem Erfahrungsbericht "Kettenduldungen beenden - humanitäres Bleiberecht sichern", der von beiden Wohlfahrtsverbänden herausgegeben wird, finden sich - belegt mit zahlreichen Einzelfallbeispielen - die Hauptkritikpunkte an den Altfallregelungen von November 2006 und August 2007.

"Eine Verlängerung der Regelungen ist dringend erforderlich, um weitere Kettenduldungen zu vermeiden", fordern die Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes, Peter Neher und Klaus-Dieter Kottnik. Von den rund 110.000 Menschen die Ende 2006 seit mindestens sechs Jahren mit einer Duldung in Deutschland lebten, hat nur etwa die Hälfte eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Viele Familien befürchten, wieder in die Duldung zurückzufallen oder sogar abgeschoben zu werden, wenn ihre Aufenthaltserlaubnis Ende 2009 ausläuft.

Die Voraussetzungen zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, wie beispielsweise die strengen Anforderungen an die eigenständige Lebensunterhaltssicherung, sind für viele der Betroffenen nicht erfüllbar. "Für diese Menschen muss eine angemessene humanitäre Lösung gefunden werden. Besonders für kinderreiche Familien oder Alleinerziehende sind die Anforderungen an die Sicherung des Lebensunterhaltes zu hoch", so die beiden Präsidenten. Kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen muss auch ohne eigenständige Lebensunterhaltssicherung ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt werden, fordern die beiden christlichen Wohlfahrtsverbände. Personen, die in Deutschland integriert sind und denen daher die Ausreise nicht mehr zugemutet werden kann, sollten eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten.

Zum [Erfahrungsbericht zur Praxis der Bleiberechtsregelungen](#). Sie kann außerdem über www.aktion-bleiberecht.de bestellt werden.

2. Erste Abschiebungen von Roma ins Kosovo

Nachdem das BMI mit der kosovarischen Seite kürzlich ausgehandelt hat, dass jetzt auch Roma in das Kosovo abgeschoben werden können, werden die ersten Abschiebungen anscheinend schnell vollzogen: Aus Hessen wurde in der vergangenen Woche der erste Rom, Elvis A. (26 J.) aus Fulda aus dem Kreis seiner Lebensgefährtin - die eine Aufenthaltserlaubnis besitzt - und seiner beiden kleinen Kinder (11/2 Jahre und 3

Wochen) abgeschoben. U. a. hatte die Rechtsberaterkonferenz, der Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die mit den Wohlfahrtsverbänden Caritasverband (DCV), Diakonisches Werk (DW) und Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammenarbeiten, mit einer [Resolution gegen die drohenden Abschiebungen von Roma](#) protestiert und Aufenthaltserlaubnisse für Minderheitenangehörige gefordert.

Zur ersten Abschiebung eines Rom schreibt sein Rechtsanwalt Alex Selbert, Kassel:

"(...) Elvis A. war im September 1999 als 17-jähriger mit seinen Eltern und Geschwistern im Gefolge des Kosovo-Kriegs nach Deutschland geflüchtet. Jahrelang erhielt er kraft Gesetzes keine Möglichkeit eine Ausbildung oder eine normale Arbeit aufzunehmen. Er wurde nur geduldet. Unter die Härtefallregelung für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge fiel er nicht, da er 82 Tage zu spät nach Deutschland gekommen war. Vor einem Monat hatte er die Aufforderung des Regierungspräsidiums erhalten, "freiwillig" in das Kosovo zurückzureisen. Unter Verweis auf seine familiäre und soziale Integration hatte sein Anwalt daraufhin für ihn eine Aufenthaltserlaubnis beantragt. Statt einer Antwort wurde er jetzt abgeschoben. Für rechtliche Intervention blieb keine Zeit mehr. Elvis A. hat im Kosovo keine Angehörigen mehr. Wie es mit ihm dort weitergehen soll, weiss er nicht. Wie sie ohne ihren Partner klarkommen soll, weiss derzeit auch die Mutter seiner Kinder nicht."

3. Pro Asyl startet E-Mail-Aktion zur Europawahl

"Ihre Stimme für die Menschenrechte!"

In einer breit angelegten E-Mail-Aktion ruft PRO ASYL alle Wählerinnen und Wähler dazu auf, ihre Stimme bei der Europawahl für die Menschenrechte von Flüchtlingen einzusetzen.

An den Rändern der Europäischen Union sterben Tausende Flüchtlinge bei dem Versuch, Europa auf dem Land- oder Seeweg zu erreichen. Die EU und die meisten nationalen Regierungen setzen nach wie vor auf Abschottung und nehmen dafür schwere Menschenrechtsverletzungen und den Bruch des internationalen Flüchtlingsrechts in Kauf. Flüchtlingsboote werden von der europäischen Grenzagentur FRONTEX in Staaten abgedrängt, in denen sie keinen Schutz vor Verfolgung finden. Der Versuch Italiens, in Kooperation mit dem libyschen Staatschef Gaddafi Fluchtwege nach Europa zu blockieren, verstößt gegen das internationale und das europäische Flüchtlingsrecht.

PRO ASYL fordert alle Wählerinnen und Wähler dazu auf, die Untätigkeit der politisch Verantwortlichen nicht länger hinzunehmen. Das Europäische Parlament muss sein Mitentscheidungsrecht dazu nutzen, den europäischen Grenzpolizeien verbindliche Vorgaben zur Achtung der Menschenrechte und des Flüchtlingsrechts zu machen. PRO ASYL erwartet von den Parteien, die sich am 7. Juni für das Europaparlament zur Wahl stellen, klare Antworten auf die menschenrechtliche Krise an den Rändern Europas. Dazu gehört auch mehr Solidarität der EU-Staaten im Zentrum Europas mit den Staaten an den Außengrenzen bei der Aufnahme von Asylsuchenden.

An der E-Mail-Aktion "Ihre Stimme für die Menschenrechte" kann sich jeder beteiligen. Über die Homepage von PRO ASYL, www.proasyl.de, können Unterstützer und Unterstützerinnen die deutschen SpitzenkandidatInnen per E-Mail auf die Missachtung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen aufmerksam machen. Der Text löst sich nach dem Öffnen der E-Mail auf, bestehen bleibt die Forderung, sich für die Menschenrechte von Flüchtlingen zu verpflichten.

gez. Marei Pelzer
Referentin

[Zur Pro Asyl-Broschüre "Europawahl 7. Juni 2009: Erwartungen an die Europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik"](#). Einzelexemplare können beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bestellt werden.

Verschiedene Romgruppen in Deutschland protestieren mit einem "Appell an die Senatoren und Minister des Inneren der Bundesländer und der Bundesrepublik Deutschland sowie an die Fraktionen in den

Landtagen und im Bundestag" gegen ihre drohende Abschiebung. Die Erklärung, die in dieser Woche der in Bremerhaven tagenden Innenministerkonferenz übergeben werden soll, wird auch vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg mit unterstützt. Darin heißt es unter anderem:

Setzen Sie sich dafür ein, dass auf der IMK ein Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo beschlossen wird!

Setzen Sie sich für ein grundsätzliches und dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien ein, da sie dort überall ohne Rechte sind!

Setzen Sie sich für Gespräche mit Roma-Vereinigungen in Deutschland ein, um Wege zur Verbesserung ihrer Situation in Europa zu finden!

4. Cap-Anamur-Prozess: E-Mail-Aktion für Elias Bierdel und Stefan Schmidt

Bereits in den ersten Tagen unterzeichneten über 1000 Personen die von PRO ASYL und der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche gestartete internationale Solidaritätsaktion für Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel.

Über 50 Organisationen und mehr als 1.000 Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner aus 20 Staaten tragen gemeinsam den Aufruf "Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen!", der sich an den italienischen Justizminister richtet. Inzwischen ist die Zahl der Unterstützer auf über 2300 gestiegen und findet weiter regen Zuspruch. Die Organisation Cap Anamur hat am 18. Mai allen gedankt, die sich solidarisch mit der Rettung, den beiden Angeklagten und ihrer Organisation zeigen und zur Unterstützung der Solidaritätsaktion von PRO ASYL aufgerufen.

Die Aktion soll weitergeführt werden bis zum Ende des Prozesses, das für Juni erwartet wird. PRO ASYL ruft dazu auf, sich weiterhin aktiv mit Protestmails an das italienische Justizministerium zu beteiligen.

Zum Hintergrund: Das deutsche Schiff Cap Anamur rettete im Juni 2004 37 Menschen aus Seenot. Für diese Rettungstat stehen Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel in Italien vor Gericht. Den beiden Lebensrettern drohen Haft, exorbitante Geldstrafen und weitere zermürbende Jahre in der nächsten Gerichtsinstanz.

Der [Aufruf](#) kann auf der Homepage von Pro Asyl unterzeichnet werden und wird direkt an das italienische Justizministerium weitergeleitet. Dort finden Sie außerdem weitere Hintergrundinformationen zum Prozess.

Aufruftext:

"Das deutsche Schiff Cap Anamur rettete im Juni 2004 37 Menschen aus Seenot. Für diese Rettungstat stehen Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel in Italien vor Gericht. Den beiden Lebensrettern drohen Haft, exorbitante Geldstrafen und weitere zermürbende Jahre in der nächsten Gerichtsinstanz.

Wir sind empört über den Versuch, couragiertes Handeln zu kriminalisieren und die Existenz von Elias Bierdel und Stefan Schmidt zu zerstören. Wir fordern ihre umfassende Rehabilitierung. *Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen.*"

5. Faxkampagne: Gegen die Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen

Am 8. Juni 2009 wird um 17 Uhr vom Flughafen Berlin-Schönefeld eine Sammelabschiebung nach Hanoi mit einer bei Air Berlin gecharterten Maschine durchgeführt werden. An Bord werden sich ca. 100 vietnamesische Flüchtlinge befinden, die - von 60 Bundespolizisten begleitet - aus Deutschland und aus Polen abgeschoben werden.

Der Eurocharter - Abschiebeflug wird von der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX finanziert, die an den EU-Außengrenzen die europäische Abschottung organisiert. Abgeschoben werden auch 20 Flüchtlinge aus Polen.

Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg rufen zur Kundgebung am Montag 8. Juni 2009 um 15 Uhr vor Terminal A in Schönefeld auf.

Mit dieser Abschiebung werden die Hoffnungen der Betroffenen auf einen Ort, der ihnen Zuflucht, Schutz vor politischer Verfolgung und soziale Perspektiven bietet, zunichte gemacht.

Wir lehnen Abschiebungen, die unerwünschte Flucht und Migration verhindern soll, als restriktives Element

einer europäischen Abschottungs- und Migrationspolitik ab. Die entwickelten Staaten tragen einen wesentlichen Teil der Verantwortung dafür, dass Menschen aus Entwicklungsländern und undemokratischen Staaten - wie aus Vietnam - sich gezwungen sehen, ihr Land zu verlassen, um sich anderswo eine Existenz aufzubauen. Folter, politische Haft und Todesstrafe sind in Vietnam weitverbreitet. Dazu amnesty international:

"Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit unterlagen weiterhin strengen Kontrollen. Politisch engagierte Bürger und Dissidenten wurden festgenommen und inhaftiert. Einige von ihnen wurden in unfairen Gerichtsverfahren auf der Grundlage der Gesetze über die nationale Sicherheit zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Mindestens 83 Menschen wurden zum Tode verurteilt."

Air Berlin will offenbar im 30. Jahr ihres Bestehens mit der "Deportation class" ein neues "Geschäftsfeld" eröffnen.

Wir rufen dazu auf, an Air Berlin Protestfaxe und Mails zu schicken, Fax: 030/ 3434 1509, abpresse@airberlin.com

Weitere Infos:

http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=437 und <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de>

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

BBZ Beratungs- und Betreuungszentrum für Junge Flüchtlinge und Migranten <http://www.wegeinsleben.de>

JOG Jugendliche ohne Grenzen Berlin/Brandenburg <http://berlin.jogspace.net>

Initiative gegen das Chipkartensystem,
Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg

<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de>

<http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de>

Zeitungsartikel zur geplanten Abschiebung ("[Massenabschiebung nach Hanoi](#)") in der Berliner "taz" vom 17.05.09.

6. Flughafenverfahren: 8.100 Anträge in zehn Jahren

Knapp 8.100 Asylanträge im Flughafenverfahren von 1999 bis 2008

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO) In den Jahren 1999 bis einschließlich 2008 haben fast 8.100 Personen noch vor der Einreise über einen internationalen Flughafen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([16/12742](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/12559](#)) zur "Anwendung des sogenannten Flughafenverfahrens" hervor. Danach erfolgt das Asylverfahren noch im Transitbereich, wenn Asylsuchende keine oder gefälschte Papiere haben oder aus einem "sicheren Herkunftsstaat" kommen, wie die Fraktion in der Vorlage erläutert.

Der Antwort der Bundesregierung zufolge wurden von 1999 bis 2008 an den Flughäfen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München 8.095 Asylanträge gestellt. Davon wurden laut Regierung innerhalb von zwei Tagen 2.928 Anträge als "offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen, 41 Anträge anerkannt und 21 Verfahren eingestellt. In 5.051 Fällen wurde die Einreise gestattet, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beispielsweise nicht innerhalb dieser Frist über den Antrag entschieden hat.

(Quelle: www.bundestag.de)

7. § 42 SGB VIII muss auch für 16-jährige gelten

Kinderrechte sichern!

Die Innenminister der Länder verletzen das Kindeswohl!

Auf der Innenministerkonferenz vom 03.-05. Juni 2009 in Bremerhaven wollen die Innenminister der Länder die bundesweite Umverteilung von 16- und 17-Jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen intensivieren. Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. fordert die Innenminister auf, diesem vorsätzlichen Bruch des Kinder- und Jugendhilferechts und der UN-Kinderrechtskonvention nicht zuzustimmen. "Jugendlichen aus asylpolitischen und finanziellen Überlegungen ihrer Rechte zu berauben, stellt eine grobe Verletzung des Kindeswohls dar", so Niels Espenhorst, zuständiger Referent des Bundesfachverband UMF. Schutzsuchende Jugendliche sind an Ort und Stelle durch das zuständige Jugendamt in Obhut zu nehmen.

Um die Benachteiligung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu beseitigen, wurde im Oktober 2005 der § 42 SGB VIII verabschiedet. Dieser legt fest, dass alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unmittelbar in Obhut zu nehmen sind und einen Vormund erhalten. Nicht alle Bundesländer halten sich an das Gesetz, die Situation für UMF hat sich nur an wenigen Stellen verbessert. Die wenigen Fortschritte sollen nun rückgängig gemacht werden. "Wir erleben Jugendschutz paradox. Nicht die Politiker schützen die Jugendlichen, wir müssen vielmehr die Jugendlichen vor der Politik schützen," so Espenhorst weiter.

Anlass für die Aufregung ist eine Initiative des Berliner Innensenators Körting und anderer, die im Rahmen des Kaminesgesprächs auf der Innenministerkonferenz diskutiert wird. Diese sieht vor, dass der § 42 des Kinder- und Jugendhilferechts bei asylsuchenden unbegleiteten Minderjährigen über 16 Jahren nicht anzuwenden sei. Dass es sich bei diesen Jugendlichen laut Europäischer Union um eine besonders schutzbedürftige Gruppe handelt wird ebenso ignoriert, wie die Bestimmung des Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention, der die Vorrangigkeit des Kindeswohls betont. In einigen Bundesländern hat man sich dagegen scheinbar daran gewöhnt, junge Flüchtlinge mit Vollendung des 16. Lebensjahres wie Erwachsene zu behandeln. Diese Behandlung sieht eine Umverteilung zwischen den Bundesländern nach dem EASY-Verfahren vor. Das Kindeswohl und die speziellen Bedürfnisse der betroffenen Jugendlichen spielen hierbei keine Rolle. Das Vorgehen widerspricht neben dem Bruch des Sozialgesetzbuches auch der UN-Kinderrechtskonvention.

Der Bundesfachverband UMF fordert daher die Innenminister der Länder auf, von den Umverteilungen der 16- und 17-Jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge abzusehen. Das Kindeswohl muss Vorrang vor ordnungspolitischen Forderungen haben. Anstatt die restriktive Politik gegenüber jugendlichen Flüchtlingen weiter zu verschärfen, sollten die Innenminister der Länder vielmehr ihre Zustimmung zur Aufhebung der Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention geben.

(Quelle: Pressemitteilung des Bundesfachverbandes UMF vom 28.05.09)

8. UNHCR zu Vorschlägen der EU

UNHCR kommentiert die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Revision der EG-Richtlinie über die Aufnahmebedingungen sowie zur Änderung der Dublin-II-Verordnung:

"Anbei übermitteln wir Ihnen die deutschen Fassungen der Kommentare von UNHCR zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Revision der EG-Richtlinie über die Aufnahmebedingungen (im Internet unter <http://www.unhcr.de/rechtsinformationen/europaeisches-asyl-und-fluechtlingsrecht/asyl/aufnahmestandards.html> abrufbar) sowie zur Änderung der Dublin-II-Verordnung (im Internet unter <http://www.unhcr.de/rechtsinformationen/europaeisches-asyl-und-fluechtlingsrecht/asyl/zustaendigkeitenhtml> abrufbar).

Des Weiteren senden wir Ihnen die englische Fassung des UNHCR Kommentars zum Vorschlag der Kommission zur Errichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (im Internet unter <http://www.unhcr.org/refworld/docid/49ed78f62.html> abrufbar).

Bei diesem Vorschlag ist uns eine "institutionalisierte" Rolle von UNHCR ein besonderes Anliegen. Dabei möchten wir betonen, dass sich eine enge Zusammenarbeit des UNHCR mit Behörden einiger Mitgliedstaaten bereits jetzt sehr bewährt hat, wie sich nicht zuletzt an dem deutschen Beispiel zeigt, in dem die Präsenz von UNHCR mit einem eigenen Büro in den Räumen des BAMF die formelle und informelle Kooperation sehr gefördert hat. Zudem kommt dem UNHCR eine einzigartige Rolle auch europarechtlich zu, da auch das europäische Asylsystem der Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention dient. Dies zeigt sich

in besonderer Weise daran, dass die "Magna Charta des Flüchtlingsschutzes" auf das Niveau von europäischem Primärrecht erhoben und zum Maßstab der in diesem Bereich beschlossenen Rechtsakte gemacht wurde.

Vieles spricht daher dafür, dass auch der mit der Beobachtung der Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention betrauten Organisation ein besondere Rolle zukommen sollte. Vor diesem Hintergrund wäre es begrüßenswert, wenn für UNHCR auch in einem zukünftigen Asylunterstützungsbüro eine zentrale beobachtende und beratende Rolle vorgesehen würde, wie von der Kommission vorgeschlagen.

Sebastian Anstett
UNHCR Vertretung für Deutschland
und Österreich"

9. Pro Asyl-Newsletter Nr. 147

Mai 2009

<http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2005/newsletter-nr-147/#c10451>

Allgemeine Meldungen

[Bizarres Religionsexamen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
[Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz](#)
[MdB Rupert Polenz \(CDU\) für eine Verbesserung der Bleiberechtsregelung](#)
[Verfahren eingestellt: Widerstand gegen Abschiebung bleibt straffrei](#)
[Lagerinspektionstour findet breites Echo in den Medien](#)
[Stellungnahme zu den Themen Lager und Residenzpflicht](#)
[Abschiebungen im Jahr 2008](#)
[Sicherung des Lebensunterhalts - Wie berechnet man das](#)
["Reisewegbefragungen" - neue rechtswidrige Maßnahme](#)

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

[Ägypten: Häuser von Bahá'i in Brand gesteckt](#)
[Repression und Menschenrechtsverletzungen in Eritrea](#)
[Guinea: Massive Menschenrechtsverletzungen](#)
[Situation von Minderheiten im Iran und im Irak](#)
[Unklare Lage im Togo](#)
["Flüchtlinge in der Türkei leben gefährlich"](#)
[Generalsekretär des ECCHR kritisiert das Verhalten der österreichischen Behörden im Fall Israilow](#)
["Traumfragen an Medwedew"](#)
[Sperrzaun an der Grenze zwischen Mexiko und den USA](#)

Europameldungen

[Neue UNHCR-Stellungnahmen liegen vor](#)
[UNHCR: Italienische Regierung will künftig keine Minderjährigen mehr im Rahmen der Dublin II-Verordnung nach Griechenland zurückschicken](#)
[Vier Jahre Haft und eine Geldstrafe von jeweils 400.000 Euro für die Angeklagten Elias Bierdel und Stefan Schmidt gefordert](#)
[Frankreich: Kritik am bilateralen Abkommen "zur gemeinsamen Bewältigung der Migrantenströme und für Codéveloppement"](#)
[Wieder einmal erhebliche Fehlleistung der Wiener Fremdenpolizei](#)
["Opfer oder Verdächtiger - eine Frage der Hautfarbe - rassistische Diskriminierung im österreichischen](#)

[Polizei- und Justizsystem"](#)

[Vor zehn Jahren starb der Nigerianer Marcus Omofuma während seiner Abschiebung aus Österreich
Tuberkulose in Züricher Asylzentren und Gefängnissen](#)

10. Newsletter "Länder und Recht" der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

vom 25.05.09

HERKUNFTSLÄNDER <<http://www.osar.ch/country-of-origin>>

Togo: Mitgliedschaft bei der Union des Forces du Changement (UFC)

Alexandra Geiser, SFH 2009-05-18

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 8 Seiten.

http://www.osar.ch/2009/05/18/togo_membership_ufc

*Pakistan: Medizinische Versorgung

*Florence Savioz, Alexandra Geiser, SFH 2009-05-14

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten.

http://www.osar.ch/2009/05/14/pakistan_medical_care

*Äthiopien: Eritreische Herkunft

*Alexandra Geiser, SFH 2009-05-11

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten.

http://www.osar.ch/2009/05/11/ethiopia_eritrean_origin

*Bosnien-Herzegowina: Behandlung psychischer Erkrankung

*Rainer Mattern, SFH 2009-04-30

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 6 Seiten.

http://www.osar.ch/2009/04/30/bosnia_mental_care

ASYLPOLITIK <<http://www.osar.ch/asylum-politics>>

Tamilische Flüchtlinge brauchen weiterhin Schutz

Sri Lanka feiert den Sieg über die Tamil Tigers. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH befürchtet nun massive Vergeltungsaktionen gegen die tamilische Bevölkerung und appelliert an die Schweizer Behörden, von negativen Entscheidungen für tamilische Asylsuchende abzusehen und einen Wegweisungsstopp anzuordnen.

http://www.osar.ch/2009/05/19/media_sri_lanka

JETZT MITMACHEN <<http://www.osar.ch/act-now>>

*Tag des Flüchtlings 2009

*«Dies sind doch alles Lügner.» Oder: «Dies sind doch alles Dealer.»: Solchen Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden will die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH anlässlich des Flüchtlingstages vom 20. Juni 2009 entgegenwirken.

<http://www.fluechtlingstag.ch>

Informieren Sie sich über die regionalen Veranstaltungen in unserem Veranstaltungskalender:

<http://www.osar.ch/events>

VERANSTALTUNGEN <<http://www.osar.ch/events>>

Konferenz: Gemeinsam Vielfalt leben (9.-15. Juli 2009)

Migration aufgrund von Armut, Krieg und Umweltkatastrophen ist eine Realität, mit der wir alle tagtäglich konfrontiert sind. Um ein Zusammenleben in gegenseitigem Respekt und Würde zu gewährleisten, sind die Gastländer wie auch die MigrantInnen gefordert, nachhaltige Strategien zu entwickeln.

http://www.osar.ch/2009/05/18/conference_caux

11. Neue Einträge auf Roma-Kosovo-Info

www.roma-kosovoinfo.com

Nachrichten:

28. Mai 2009

Minority Rights Group: Minderheiten verlassen den Kosovo

Laut einem neuen Bericht der Menschenrechtsgruppe Minority Rights Group (MRG) verlassen aufgrund zunehmender Diskriminierung immer mehr Minderheiten den Kosovo, da sie diskriminiert und ausgeschlossen würden. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 habe zu einem «Vakuum» beim Schutz von Minderheiten geführt. Kleine ethnischen Gruppen hätten keinen Zugang zu Informationen. Außerdem gebe es keine Schulbildung in ihrer Muttersprache. Der Bericht (engl.) kann hier herunter geladen werden:

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35

26. Mai 2009

Erster Rom aus Hessen in den Kosovo abgeschoben

Gegen Mitternacht wurde Elvis A. (26 J.) aus Fuldata aus dem Kreis seiner Lebensgefährtin - die eine Aufenthaltserlaubnis besitzt - und seiner beiden kleinen Kindern (11/2 Jahre und 3 Wochen) von Polizeibeamten festgenommen und am nächsten Tag abgeschoben.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=213&Itemid=1

23. Mai 2009

Rechtsberaterkonferenz fordert Aufenthaltserlaubnis für Roma aus dem Kosovo

Die Rechtsberaterkonferenz, ein Zusammenschluss von Anwältinnen und Anwälten, die auf die Vertretung von Flüchtlingen spezialisiert sind und mit Wohlfahrtsverbänden und dem UN-Flüchtlingskommissariat zusammenarbeiten, hat klare Worte zur Abschiebep Praxis von Roma in den Kosovo formuliert. Als »zwingendes Gebot der Humanität« sah man es dort an, den Flüchtlingen einen sicheren Aufenthalt zu gewähren. Diese Forderung erfolge nicht zuletzt aus der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Volksgruppe der Roma.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=211&Itemid=1

27. April 2009

Chachipe kritisiert Rücknahmeabkommen zwischen Bundesregierung und Kosovo

Die Menschenrechtsorganisation 'Chachipe' hat die Unterzeichnung eines bilateralen Rückübernahmeabkommens zwischen der Bundesregierung und den kosovarischen Behörden scharf kritisiert. In einem Rundschreiben des niedersächsischen Innenministeriums an die lokalen Ausländerbehörden heisst es, dass sich die kosovarischen Behörden bereit erklärt hätten, in Zukunft alle Rückübernahmeersuchen von Personen aus dem Kosovo ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu überprüfen.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=210&Itemid=1

Medien:

»Ich lag zitternd vor Angst in meinem Bett«, Hessische Polizei deportierte einen Rom in einer Nacht- und Nebelaktion, in: junge welt, 28.5.2009

<http://www.jungewelt.de/2009/05-28/040.php>

Gitta Düperthal: Junge Roma-Frau aus dem Kosovo soll - obwohl Musterfall gelungener Integration - aus Hessen abgeschoben werden. Selbst Mitarbeiter des Ausländeramts werden nachdenklich, in: junge welt,

22.05.2009

<http://www.jungewelt.de/2009/05-22/044.php>

Malcolm Garcia: Gypsy families in Kosovo on toxic land, in: Washington Times, 3.5.2009

<http://washingtontimes.com/news/2009/may/03/gypsy-families-kosovo-abandoned-toxic-land/>

Malcolm Garcia. Gypsies relocated by UN remain on toxic land, 14.4.2009

<http://www.globalpost.com/dispatch/europe/090414/gypsies-relocated-un-remain-toxic-land?page=0,1>

Dokumente:

Minority Rights Group: Filling the Vacuum. Ensuring Protection and Legal Remedies for Minorities in Kosovo, May 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35

Chachipe: Bericht einer Recherchereise ins Kosovo. Vortrag zum Internationalen Tag der Roma Kulturpavillon Hannover, 8. April 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Reiseberichte

OSCE: Lead contamination in Mitrovicë/Mitrovica affecting the Roma community, February 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Aktuell

12. Termine

Am 11. Juli findet das nächste Plenum des Flüchtlingsrates statt. Das Programm für diese Veranstaltung liegt fest, genauso wie für unsere Herbsttagung in Bad Herrenalb. Genaue Infos erhalten Sie beim Anklicken der Links. Dort haben Sie außerdem gleich die Möglichkeit, sich für die Veranstaltungen anzumelden.

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

11.07.2009. [Zum Programm](#).

07.11.2009

Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien.

[Zum Programm](#)

Weitere Termine in Baden-Württemberg:

8.06.2009, Heidelberg, zwinger3, Theater der Stadt Heidelberg, Zwingerstraße 3-5: "Illegal": Szenische Lesung des Theaterstücks von Björn Bicker. Mit Annette Büschelberger, Johannes Szilvassy, Jean Michel Räber, Eintritt 12 €/6 €

10.06.2009, Nürtingen, Laurentius-Gemeindehaus: Henryk M. Broder: Wieviel Toleranz verträgt unsere Gesellschaft? In Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Asyl im Kirchenbezirk Nürtingen, dem AK Asyl sowie der VHS Nürtingen. Kostenbeitrag: 5 Euro.

15. und 16. Juni 2009, Berlin, Französische Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt: 9. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz. Weitere Infos und Anmeldung (**bis zum 3. Juni!**) 2009 bei: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstraße 53/54, 10117 Berlin, Tel.: (030) 203 55 - 506, Fax: (030) 203 55 - 550, Internet: www.eaberlin.de.

[Weitere Infos und Programm.](#)

18.06.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Arbeitsmigration. 3. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Familiennachzug (9.07.), Asylrecht (6.08.), Rechte türkischer Staatsangehöriger (17.09.), Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

20.06.2009: Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus, Alois-Eckert-Straße 6: Griechische Inseln, westafrikanischer Kaffee und die Frage, warum Menschen ihre Heimat verlassen (müssen). Ein Informationsnachmittag über Außengrenzen, gefährliche Wege und Mut machende Projekte. [Weitere Infos.](#)

23.06.2009, 18 Uhr, Stuttgart, Diakonisches Werk, Heilbronner Straße 180: Margit Lottje Schröder (Rechtsanwältin, Gerlingen): Einreise und Aufenthalt aus familiären Gründen. Weitere Infos und Anmeldung unter 0711 1656-281 (Frau Del Muscio).

02.07.2009, 19:00, Heidelberg, IFZ, Theaterstraße 16: Der Blick auf das Fremde.

Yvonne Adam und Magdalena Stülb, Ethnologinnen der Arbeitsgruppe Medizinethnologie & Interkulturelle Kommunikation AMIKO, sehen ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Orientierungen. Im Fokus der Arbeit steht dabei die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Frauen- und Familienzentrum werden sie einen "Blick auf das Fremde" und auf uns selbst werfen.

29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld. [Weitere Infos.](#)

Sonstige Termine, bundesweit:

04.06.2009: Kundgebung und Theaterstück "Hier geblieben" in Bremerhaven anlässlich der Innenministerkonferenz. Weitere Infos unter www.jogspace.net
www.hier.geblieben.net
www.stimmen09.de

20.06.2009 Weltflüchtlingstag

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte